

5. Motion von Silvia Schwyter vom 30. März 2011 "Standesinitiative: Atomkraftwerk Mühleberg - sofort und definitiv abschalten" (08/MO 42/328)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst die Motionärin.

Diskussion

Schwyter, GP: Unter Punkt 7 seiner Beantwortung befindet der Regierungsrat abschliessend, dass der Thurgau für sich keine besondere Betroffenheit in Anspruch nehmen könne. Hier muss ich dem Regierungsrat deutlich widersprechen. Als Thurgauerin und nur gut 150 Kilometer Luftlinie entfernt von Mühleberg fühle ich mich durchaus besonders betroffen. Nicht nur die direkten Auswirkungen eines Reaktorunfalls bekämen wir im Thurgau zu spüren, auch die Evakuierung und Umsiedlung von rund 2,5 Millionen Menschen aus der direkten Umgebung von Mühleberg würde uns hier im Thurgau direkt betreffen. Das Atomkraftwerk (AKW) Mühleberg ist das unsicherste Kernkraftwerk der Schweiz und bereits seit 1972 in Betrieb. Es arbeitet mit dem gleichen Reaktortyp wie Fukushima und ist auch etwa gleich alt. Technisch und betreffend Sicherheit ist Mühleberg nicht besser als die Unglücksreaktoren in Fukushima. Auch mit Nachrüstungen kann die Sicherheit nicht wesentlich verbessert werden. Ziemlich gut ist nicht gut genug. Zahlreiche Spezialisten weisen darauf hin, dass sowohl ein Erdbeben, Überschwemmungen als auch ein Flugzeugabsturz in Mühleberg die gleichen Folgen wie in Japan mit vergleichbaren Auswirkungen für die Bevölkerung haben könnten. Wir Grünen sind über die Entscheidung des Umwelt- und Infrastrukturdepartementes (UVEK) empört, das AKW Mühleberg weiterhin unbeschränkt betreiben zu lassen. Das Departement stützt sich dabei auf das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI), welches nach der Katastrophe von Fukushima einen Fehltritt nach dem anderen machte. Dazu ein paar Beispiele: Die vom ENSI angeordneten Sicherheitsprüfungen der Schweizer AKW nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima sind unvollständig, weil das ENSI dafür vorschnelle und falsche Schlüsse für den Ursachen- und den Unfallhergang gezogen hatte. Unter der Federführung des ENSI werden beim AKW Leibstadt tonnenweise Giftstoffe in den Rhein gelassen. Die Trinkwasserwerke dem Rhein entlang werden zu spät, meist erst am Tag davor, informiert. Weil organische Stoffe gefährliche Gase bilden können, müsste ein Teil des Atommülls, der zur Endlagerung bereit ist, nachbehandelt werden. Wegen der hohen Kosten verzichtet aber das ENSI darauf, eine Neubehandlung des Abfalls zu verlangen. Das ENSI zweifelt an der Sicherheit des Kernmantels des AKW Mühleberg. Es verlangt ausserdem den Nachweis, dass das AKW gegen einen Bruch des Wohlenseestaudamms, welcher durch ein Erdbeben verursacht werden könnte, gewappnet ist.

Trotzdem lässt es das AKW weiterlaufen. Um zu belegen, dass das AKW Mühleberg einem 10'000-jährlich auftretenden Hochwasser standhält, berücksichtigt das ENSI lediglich Daten, die ein zu tiefes Hochwasserrisiko vorhersagen. Das ENSI hat bei der Publikation des Hochwassernachweises für die fünf Schweizer AKW anfangs September klar gemacht, dass das AKW Mühleberg höchstens die Minimalanforderungen im Bereich des Hochwasserschutzes erfülle. Das ist alles andere als Vertrauen erweckend. Namhafte Experten wie der Berner Klimahistoriker, Christian Pfister, kritisieren weiterhin, dass das Hochwasserrisiko massiv unterschätzt werde. Bei einem extremen Hochwasser müsse von mindestens 72 Stunden Dauerregen ausgegangen werden. Alles andere sei fahrlässig. Sogar Dr. Georg Schwarz, stellvertretender Direktor des ENSI, Leiter Aufsichtsbereich Kernkraftwerke, räumt ein, dass ein Notfallszenarium, welches auf den Einsatz von Feuerwehrpumpen basiere, nicht optimal sei. Fukushima hat gezeigt, dass man bei einem Unglück immer vom "Worst Case" ausgehen muss. Murphys Gesetz schlägt mit tödlicher Sicherheit zu, wenn man es am wenigsten erwartet. "Whatever can go wrong, will go wrong." Das bedeutet: Alles was auch nur im Entferntesten möglich ist, auch wenn kaum vorstellbar, tritt irgendwann einmal ein. Deshalb muss die Berner Regierung das AKW Mühleberg endlich abschalten. Es dürfen nicht weitere zehn Jahre zugewartet werden. Ein sofortiges Abschalten des veralteten AKW Mühleberg hinterlässt auch keine vielzitierte Stromlücke und ist durchaus machbar und möglich. Die Energieversorgung kann nachhaltig und sicher erfolgen, wenn die Produktion von erneuerbaren Energien, Massnahmen für mehr Energieeffizienz und Energiesparmassnahmen konsequent umgesetzt werden. Immer noch wird viel zu viel Energie verschwendet. Allein bei der elektrischen Energie könnten Einsparungen von ca. 3,6 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr gemacht werden, wenn in allen Schweizer Haushalten konsequent effiziente Leuchtkörper und Elektrogeräte eingesetzt würden. 3,6 Milliarden Kilowattstunden entsprechen der 1,2 fachen Jahresproduktion des AKW Mühleberg. Es ist aller höchste Zeit, die alten Stromfresser auszuschalten und die neuen Technologien zu nutzen. Ich bitte Sie, einen mutigen Schritt zu wagen, all den Worten nun auch Taten folgen zu lassen und meine Motion zu unterstützen.

Dr. Beerli, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion kann das Anliegen der Motionärin durchaus nachvollziehen. Weltweit bilden älter und alt werdende Kernkraftwerke ein erhebliches Risiko. Energiepolitisch ist es auch so, dass der Strom verknappt und somit auch verteuert werden müsste, damit der Weg der Energiewende wirklich entschlossen und konsequent beschritten wird. Ebenso sehr können wir aber auch die Argumentation des Regierungsrates nachvollziehen, sowohl in formeller als auch in inhaltlicher Hinsicht. Formell: Bei einer Standesinitiative geht es darum, ein kantonsspezifisches Anliegen, welches in Bern nicht bekannt ist oder nicht beachtet wird, einzubringen. Im vorliegenden Fall ist das überhaupt nicht gegeben. Die National- und Ständeräte haben letztes Jahr eine Flut von Vorstössen zu Thema "Atomkraftwerke und Energiewende" eingebracht.

Etliche wurden in Bern bereits diskutiert wie auch das Thema "Mühleberg". Wir würden also als "alte Fasnacht" wahrgenommen, wenn wir jetzt nochmals mit diesem Thema kommen. Inhaltlich: Mit einem plötzlichen und definitiven Abschalten eines Kernkraftwerkes (KKW) müsste ab sofort viel mehr Strom importiert werden. All die guten Vorschläge der Motionärin wie sparen greifen nicht von einem auf den anderen Tag. Das wissen wir alle genau. Woher käme der mehr importierte Strom? Wie würde er produziert? Das wären ganz andere Fragen. Es wäre sicher kein ökologisch unbedenklich hergestellter Strom. Ob wir Strom, Erdöl, Kohle oder Gas importieren, kommt auf das gleiche heraus. Alles ist problematisch. Wir müssen mit der Energiewende "Gas geben". Aber wir können beispielsweise nicht massiv von Ölheizung auf Wärmepumpen umstellen, was den Stromverbrauch steigert und Knall auf Fall die Stromproduktion reduziert. Wir träumen von einer erdöl-, erdgas-, kohle- und atomfreien Schweiz, können aber leider die Entscheidung von heute nicht im Traumland machen. Wir müssen Schritte in der Realität machen. Die EVP/EDU-Fraktion kann die Motion Schwyter aus formellen und inhaltlichen Gründen nicht unterstützen.

Dr. Wälti, SP: Wer heute nichts verändert, lebt morgen so wie gestern. Seit Jahren ist bekannt, dass das AKW Mühleberg Risse in Bestandteilen des Reaktorinneren aufweist, insbesondere im Kernmantel und im Reaktordruckgefäss. Alterung und Versprödung gehören zu den grössten Problemen in der Atomtechnik. Vertrauen wir keiner Technologie aus den sechziger Jahren. Mühleberg ist mit seinem Siedewasserreaktor ein Fall für das "Technorama" Winterthur, wo Physikstudenten der Hochschule in den Anfangssemestern Atomphysikgeschichten anschauen können. Würden Sie bei der Swiss mit gutem Gefühl in eine Caravelle oder eine Boeing 707 zusteigen? Niemand muss mehr in ein Flugzeug aus den sechziger Jahren steigen. Diese sind längst verschrottet. Ich bin erstaunt, mit welcher Gelassenheit der Regierungsrat dem UVEK und dem ENSI vertraut. In den letzten Wochen hat der Zwischenbericht der Untersuchungskommission zu Fukushima ebenfalls aufgezeigt, dass man den Kontrollierenden keinesfalls vertrauen darf. Das AKW Mühleberg hält einem Flugzeugabsturz oder einem stärkeren Erdbeben nicht stand. Allgemein wird das Erdbebenrisiko massiv unterschätzt, wie eine 2006 von den Überwachungsbehörden selbst in Auftrag gegebene Studie aufzeigt. Doch obwohl die entsprechenden Nachrechnungen beim AKW Mühleberg fehlen, behaupten die Bernischen Kraftwerke (BKW), die Betreiberin des AKW Mühleberg, und die Behörden, dass das AKW einem so genannten Sicherheitserdbeben standhalte. Ein Erdbeben wie in Fukushima komme in der Schweiz oder in Zentraleuropa nicht vor. Da täuschen wir uns. Ein sehr starkes und folgereiches Beben ist schon vorgekommen, beispielsweise 1356 in Basel und Umgebung, geographisch ein "Katzensprung" nach Mühleberg. Die meisten Expertisen, die mitunter auf Basis von historischen Berichten und der Untersuchung der vorhandenen Schäden an Burgen verfasst wurden, schätzen die Stärke des Bebens von 1356 auf 6,0 bis 6,3 auf der Richterskala. Neuere Studien nen-

nen sogar Werte bis 7,1. Gleichartige Szenarien sind auch bezüglich Jahrhundertwasser zu sehen. Gerade mit dem heutigen Klimawandel müssen wir mit grösseren Naturereignissen rechnen, die ein dicht an der Aare liegendes AKW in eine Havarie bringen wird. Die BKW nahmen Mühleberg wegen Sicherheitsmängeln, namentlich bei der Kühlwasserzufuhr, im Juni 2011 vom Netz. Das war ebenso begrüssenswert wie auch bedenklich. Die bisherige sture Haltung der Kraftwerksbetreiberin lässt erahnen, wie gravierend die vorhandenen Sicherheitsmängel sein müssen. Wenn alles so sicher ist, wie die Kraftwerksbetreiber und die ENSI behaupten, warum stellt man sich dann derart einer unabhängigen Überprüfung entgegen? Wer nichts zu verbergen hat, lässt solche Massnahmen zu. Die Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. An den Sicherheitsstandards zu schrauben, erhöht keinesfalls die Sicherheit der Anlage. Das ist Sand in die Augen gestreut. Man versucht zu beruhigen, wo man höchst beunruhigt sein und daraus die Lehren ziehen muss. Wer Mühleberg wieder ans Netz liess, hat aus Fukushima nichts gelernt. Er gefährdet Leib und Leben von Hunderttausenden von Schweizerinnen und Schweizern. Denn ein Radius, wie er um Fukushima gezogen wird, bedeutet die Gefährdung grosser wohnlicher Teile in der Schweiz. Fliehe dann, wer noch kann. Aber wohin? Die Bevölkerung will die Atomtechnologie nicht. Das endgültige und sofortige Abschalten von Mühleberg ist ein zentraler Schritt in der Förderung alternativer Energien.

Möckli, FDP: Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates einverstanden. Wir vertrauen den Sicherheitskontrollen und den vom Bundesrat festgelegten Fristen für einen geordneten Atomausstieg. Wenn die reiche Schweiz durch einen egoistischen Sofortausstieg den fehlenden Strom aus den umliegenden Ländern zukaufen würde, wären die Sicherheit, der CO₂-Ausstoss oder andere Umweltinteressen erhöht. Wir bitten Sie, die Motion Schwyter nicht erheblich zu erklären.

Zuber, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die sehr gute Beantwortung der Motion. Auch wir stellen die berechtigte Frage, ob die Standesinitiative das richtige Instrument für den Entzug der Betriebsbewilligung des KKW Mühleberg ist. Wir sind im Thurgau nicht direkt betroffen. Und somit sind wir auch gegen die Einreichung der Standesinitiative. Im Weiteren wurde die Sicherheit des Kraftwerkes überprüft. Die Betriebsdauer wurde aufgrund der Überprüfung festgelegt. National- und Ständerat haben infolge dieser Faktenlage die sofortige Stilllegung abgelehnt. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, die Motion Schwyter nicht erheblich zu erklären.

Gemperle, CVP/GLP: Nach Fukushima haben verschiedene kantonale Fraktionen der Grünen eine identische Standesinitiative eingereicht. Demnach müsste das AKW Mühleberg sofort abgestellt und vom Netz genommen werden. Auch wenn inzwischen klar ist, dass die AKW nach einer Betriebsdauer von 50 Jahren vom Netz genommen werden, darf es absolut keine Abstriche bei der Sicherheit geben. Die Sicherheit der AKW hat

oberste Priorität. Wer aber kann die Sicherheit der AKW abschliessend und fehlerfrei beurteilen? Das ist die grosse Frage. Die absolute Sicherheit gibt es nicht. Dies hat uns die jüngste Vergangenheit klar und unmissverständlich gezeigt. Der Mensch ist immer das schwächste Glied in der Kette. In der Schweiz beaufsichtigt das ENSI die Sicherheit der AKW. Das ENSI wird aber wiederum von der internationalen Atomenergieagentur überprüft. Die Schweizer AKW haben sich ebenfalls dem EU-Stresstest für Atomkraftwerke unterzogen. Auch Mühleberg hat diesen Test durchlaufen und trotz insgesamt guten Noten sind auch Schwachpunkte aufgezeigt worden. Die Motionärin hat bereits darauf hingewiesen. Die Folgen eines Reaktorunfalls sind aber derart gravierend und einschneidend, dass es aus Sicht der CVP/GLP-Fraktion bei der Sicherheit der Anlagen keine Kompromisse geben darf. Wir sind davon überzeugt, dass der Entscheid wichtig und richtig ist, mittelfristig aus der Kernenergie auszusteigen. Ein kurzfristiger Entscheid oder Ausstiegsentscheid würde aber den Einsatz von fossilen Grosskraftwerken nötig machen, was wir aus Gründen der Klimapolitik nur im Fall von sicherheitstechnischen Bedenken gutheissen. Wenn die weiteren Abklärungen bei Mühleberg oder den anderen AKW aufzeigen, dass wirklich Sicherheitslücken bestehen, müssten die Anlagen selbstverständlich vom Netz genommen werden. Dann müsste man im Notfall auf die ungeliebten Gaskraftwerke setzen. Dass auch das Abschalten keine einfache Aufgabe ist, haben wir in der Zwischenzeit gelernt. Es braucht intensive Vorbereitungen und auch viel höhere Rückstellungen, um den mittelfristigen Ausstieg zu planen und zu finanzieren. Genau dies hat eine neue Studie über die Kosten des Rückbaus der stillzulegenden AKW ergeben. Das macht mir Sorgen. Demnach müssten für den Rückbau über 20 Milliarden Franken bereitgestellt werden. Im entsprechenden Fonds fehlen aber noch weit über 10 Milliarden Franken. Wenn die AKW aus sicherheitstechnischen Gründen sofort vom Netz müssen, müssten weit über 10 Milliarden Franken vom Steuerzahler aufgewendet werden. Wer den prognostizierten Fondsverlauf, 2025 13,8 Milliarden Franken, mit dem Ausstiegsfahrplan vergleicht, bis 2022 wären schon drei AKW vom Netz, kommt unweigerlich zum Schluss, dass die prognostizierten Kosten von über 20 Milliarden Franken nicht wie gesetzlich vorgeschrieben über den Strompreis vorfinanziert werden. Die nächste Schätzung über die Kosten steht 2016 an. Wir könnten darauf wetten, dass wiederum deutlich höhere Kosten für Rückbau und Entsorgung anstehen. Eine Mehrheit der CVP/GLP-Fraktion lehnt den sofortigen Ausstieg ab.

Wohlfender, SP: Im Jahr 2011 wurden in der Schweiz 500 Erdbeben registriert. Wahr oder nicht wahr? Gemäss dem schweizerischen Erdbebendienst hat in der Schweiz im Jahr 2011 die Erde tatsächlich 500 Mal gebebt. Nur deren zehn waren für uns Menschen spürbar. 500 Erdbeben; dabei geht unsere Bevölkerung davon aus, dass es in der Schweiz kaum Erdbeben gibt. Wir wiegen uns in Sicherheit, dass wir nicht auf einer seismischen, aktiven Platte leben und gehen davon aus, dass wir kaum ein starkes, das heisst, zerstörerisches Erdbeben erleben werden. Dürfen wir uns in dieser Sicherheit

währen? Fukushima hat uns nach Tschernobyl in Erinnerung gerufen, dass dies nicht so ist und ein atomarer Super-GAU einen zu hohen Zoll einfordert. 26 Jahre nach Tschernobyl ist das menschliche Leid immer noch immens. Nur steht es nicht mehr auf der Titelseite der Tagespresse. Und Fukushima? Die Opferzahl wird schön vertuscht. Die Spätfolgen werden den Gesundheitsetat Japans in den nächsten Jahrzehnten stark belasten. Wer zahlt die wirtschaftlichen Verluste und die Kostenfolgen? Meines Erachtens sind wir auf einem oder gar auf beiden Augen blind. Ich frage mich, ob der Bundesrat und auch unser Regierungsrat einen Kniefall vor der Atomlobby machen. Trotz Ermahnungen von Experten wurde Mühleberg nach der Stilllegung im Sommer 2011 wieder ans Netz geführt. Das ist wirklich bedenklich. Ein Reaktorunfall in Mühleberg kann das ganze Mittelland, unseren Schweizer Wirtschaftsmotor, zerstören. Die negativen wirtschaftlichen Folgen sind nicht vorstellbar. Wie reisen dann unsere Politiker in die Bundeshauptstadt? Etwa mit einem Umweg über das Tessin, das Wallis oder gar Paris? Ganz abgesehen von unseren Möglichkeiten, hier zu leben. Haben Sie sich schon ein Reduit in Österreich gebaut, dem einzigen Land ohne Kernkraftwerke? Ich will mich nicht in trügerischer Sicherheit wägen und unterstütze die Motion Schwyter.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer:** Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen aus sachlichen und formellen Gründen, die Motion Schwyter nicht erheblich zu erklären. Sachlich: Mühleberg wurde mehrfach überprüft, für viele Millionen Franken nachgerüstet und wird nach menschlichem Ermessen und von den Fachleuten als sicher betrachtet. Mühleberg produziert grosse Strommengen, etwa das Doppelte an Strom, was der Kanton Thurgau braucht. Diese Mengen stehen nicht als Ersatz zur Verfügung, ausser man importiert sie als Atomstrom aus Frankreich oder als Kohlestrom aus Deutschland oder Tschechien. Die Alternative wäre vermehrter Import aus nicht erneuerbaren Energien. Es bestehen zurzeit noch keine genügenden Kapazitäten an erneuerbaren Energien, um Mühleberg ersetzen zu können. Mit der Abschaltung von Mühleberg würde keine einzige zusätzliche Kilowattstunde an erneuerbarem Strom produziert, sondern man würde den Strom CO₂ belastend anderswo beziehen. Formell: Eine Standesinitiative sollte vom Kanton Thurgau nur dann ergriffen werden, wenn der Kanton Thurgau besonders betroffen ist. Das ist bei Mühleberg nicht der Fall. Andere Kantone liegen näher bei Mühleberg als wir. Deshalb wäre es völlig unangebracht und unangemessen, wenn ausgerechnet aus dem Kanton Thurgau eine derartige Standesinitiative ergriffen würde.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion Schwyter wird mit 84:26 Stimmen nicht erheblich erklärt.